

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Bernd Schlömer (FDP)**

vom 08. November 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. November 2019)

zum Thema:

Nachrichtenlose Konten in Berlin

und **Antwort** vom 28. November 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 03. Dez. 2019)

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe

Herrn Abgeordneten Bernd Schlömer (FDP)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/21 596
vom 08. November 2019
über Nachrichtenlose Konten in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Zunächst wird darauf hingewiesen, dass der Senat von Berlin keine statistischen Daten über private (Spar-)Konten erhebt, die bei Berliner Banken geführt werden. Privatrechtliche und genossenschaftliche Kreditinstitute unterliegen auch nicht der Aufsicht des Landes Berlin. Es besteht daher keine Möglichkeit, entsprechende Auskünfte bei diesen Instituten einzuholen. Lediglich die Berliner Sparkasse unterliegt als teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts der Rechtsaufsicht des Landes Berlin. Eine Abfrage bei der Berliner Sparkasse ergab insoweit folgenden Sachstand:

1. Wie viele private EC- und Sparkonten sind momentan (schätzungsweise) bei Banken in Berlin angelegt (bitte differenziert nach Art des Kontos ausweisen)?

Zu 1.:

Bei der Berliner Sparkasse werden derzeit knapp 800.000 Sparkonten und 350.000 Tagesgeldkonten geführt.

2. Bei wie vielen dieser Konten handelt es sich um sogenannte nachrichtenlose Konten, bei denen die Banken keinen Kontakt mehr zu den Kontoinhabern bzw. den Kontoinhaberinnen herstellen können?

Zu 2.:

Die Berliner Sparkasse prüft regelmäßig alle paar Jahre die umsatzlosen Sparkonten. Auch wenn auf Sparkonten über Jahre hinweg keine Kontobewegung stattgefunden hat und die Berliner Sparkasse keinen Kontakt zu den Kunden, deren Erben oder anderen Berechtigten hat, bleibt das Guthaben grundsätzlich auf den Konten ruhen. Lediglich beim Vorliegen weiterer Kriterien – wie beispielsweise dem Fehlen eines weiteren Kontos oder eines Schrankfaches bei der Berliner Sparkasse, dem Fehlen weiterer Beziehungen/von Drittgeschäften mit der Berliner Sparkasse (z. B. Versicherungen oder Bausparen) sowie dem Fehlen von Sperrvermerken wie z. B.

bei einer Verpfändung o.ä. – werden die Gelder der Sparkonten auf ein Sammelkonto gebucht. Derzeit befinden sich nach dieser Definition 60.000 Sparkonten, die seit mindestens 30 Jahren umsatzlos bzw. ohne Kontakt sind, auf dem Sammelkonto.

3. Für ganz Deutschland wird der Betrag auf nachrichtenlosen Konten auf zwei bis neun Milliarden Euro geschätzt. Wie hoch schätzt der Senat den Geldbetrag auf nachrichtenlosen Konten, die im Bundesland Berlin geführt werden?

Zu 3.:

Aktuell befinden sich bei der Berliner Sparkasse ca. 4,8 Mio. Euro auf dem oben beschriebenen Sammelkonto für umgebuchte Sparkonten mit mindestens 30-jähriger Umsatzlosigkeit.

4. Gibt es zum jetzigen Zeitpunkt eine (gesetzlich vorgegebene) Vorgehensweise, was mit nachrichtenlosen Konten in Berlin passiert? Gilt die übliche Regel, dass das Geld nach 30 Jahren in das Vermögen des jeweiligen Geldinstitutes übergeht?

Zu 4.:

Zum Umgang mit nachrichtenlosen Konten gibt es keine landesgesetzlichen Regelungen. Insofern wird auf die bundesrechtlichen Vorschriften zum Steuerrecht sowie auf die höchstrichterliche Rechtsprechung verwiesen. Hiernach sind die Verbindlichkeiten aus Sparkonten spätestens 30 Jahre nach der letzten Ein- oder Auszahlung auszubuchen. Dies gilt gleichermaßen für alle deutschen Kreditinstitute.

Siehe hierzu auch die Antwort der Bundesregierung zu Ziff. 5 auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur „Förderbank „Big Society Capital“, verwaiste Konten und mögliche Übertragbarkeit auf die Bundesrepublik Deutschland“, Drucksache 19/14458, vom 23.10.2019:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/144/1914458.pdf>.

Berlin, den 28. November 2019

In Vertretung

Christian R i c k e r t s

.....
Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe